

Buchbesprechungen

Bühler, W. (Hrsg.): Die Kreditdisposition der Banken. Springer-Verlag, Wien-New York 1970. 127 S. DM 37,—.

Bühler versucht in seinem oben angegebenen Titel den Gedanken der Schichtenbilanz für die Kreditpositionen der Geschäftsbanken nutzbar zu machen. Zunächst gibt er eine kurze Darstellung der Methoden der herkömmlichen Bilanzschichtung. Er weist darauf hin, daß die Gegenüberstellung einzelner Aktiv- und Passivpositionen von der nicht zu haltenden Annahme übereinstimmender Fälligkeiten dieser Positionen ausgeht. Die Zurechnung von Aktiva und Passiva braucht aber nicht auf die bloße Annahme ähnlicher Fälligkeitsstrukturen einzelner Bilanzpositionen zurückzugreifen, eine exaktere Zuordnung ist nach Untersuchung der Fälligkeitsverteilung in den einzelnen Positionen durchaus möglich. Der Fälligkeitsstatus einzelner Positionen ergibt sich aufgrund von Fälligkeitsstaffeln, statistisch-mathematischer Ermittlungen bzw. durch Schätzungen aufgrund von Erfahrungen. Die so für jede Bilanzposition — unter Umständen Teilposition — gefundene Fälligkeitsstruktur gibt an, mit welchen Quanten die einzelne Passivposition zur Finanzierung von Aktivpositionen, die ihrerseits über eine bestimmte Fälligkeitsstruktur verfügen, herangezogen werden kann. Aus den einmal gefundenen Veranlagungsnormen der Passivpositionen — diese Normen müssen laufend überprüft und angepaßt werden — ergibt sich durch Addition der den einzelnen Passivposten zugeordneten Aktiven die Höhe der „erlaubten“ oder anzustrebenden Aktivbestände. Aufgrund der täglich festzustellenden Abweichung von diesen normierten Aktivbeständen — so ist der Grundgedanke — soll jedes Institut in der Lage sein, in Richtung auf die vorgegebene Norm seine einzelnen Kreditarten zu disponieren bzw. den Grad der Abweichung vom Gleichgewicht zu kontrollieren.

Im zweiten Teil des Buches wird auf der Grundlage dieser theoretischen Erörterungen ein Dispositionssystem entwickelt, wobei sich bereits anhand der täglichen Ein- und Auszahlungs-, Tilgungs- und Ausleihungssalden eine Dispositionsvorgabe herauschält.

Eingehend werden die Bedingungen einer Bilanzschichtung unter dem Aspekt eines finanziellen Gleichgewichts untersucht. Der Leser erhält einen Überblick über die bisherigen Deutungsversuche des Liquiditätsproblems der Bankbilanz. Sodann werden anhand von Zahlenbeispielen die Fragen des kreditären Gleichgewichts und die Bedingungen der Fristenkongruenz zwischen Aktiv- und Passivseite untersucht. Außerdem geht *Bühler* eingehend auf die Struktur einiger wichtiger Passivpositionen ein.

Eine richtige Handhabung des *Bühler'schen* Systems würde vor allem eine dauernde Anpassung der sich wandelnden Dispositionsnormen der Passivpositionen erfordern. Die Methode hat den Nachteil, daß sie wie alle Schichtungs-

versuche der Bilanz einseitig, in diesem Falle von der Passivseite her, die Liquiditäts- und Rentabilitätsbetrachtung aufrollt. Von dieser Einseitigkeit kommt auch *Bühler* in seinem Dispositionssystem nicht ganz los. Er glaubt dafür gute Gründe zu haben. Im täglichen Bankgeschäft nimmt aber — je nach Lage der Dinge —, die Passivdisposition zeitweilig einen ebenso großen Raum ein, wodurch sich letzten Endes die Grundlagen des Systems, nämlich die Veranlagungsnormen der Passiv-Positionen, entscheidend ändern.

Verlangt wird im Augenblick ein Steuerungssystem, das eine Aktiv- und Passiv-Disposition — je nach Lage der Dinge — gleichberechtigt möglich macht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung die Fälligkeit und Ertragsstruktur aufgrund effektiver Fälligkeitsdaten oder durch Anwendung von Schätzverfahren noch transparenter gemacht werden können. Damit wird eine einseitige Betrachtungsweise, die man bisher immer nur als technische Hilfskonstruktion zu verwenden gezwungen war, überflüssig. Vielmehr ist es möglich, durch Alternativ-Rechnungen mit schneller Zugriffszeit Aktiv- und Passivdispositionen gleichermaßen in den Griff zu bekommen. *Bühler* kann für sich in Anspruch nehmen, zur Klärung dieser Frage einen Beitrag geleistet zu haben, der wertvolle Anhaltspunkte liefert.

Paul Henze, Frankfurt/M.

Ferber, M. (Hrsg.): Pensionsgeschäfte der Kreditinstitute. Fritz Knapp-Verlag, Frankfurt am Main 1969. 152 S., broschiert, DM 21,—.

In den letzten Jahren haben die Pensionsgeschäfte der Kreditinstitute eine immer größere Bedeutung erlangt, weil sie die Anlage, insbesondere in Wertpapieren, bzw. die Aufnahme von Geldern durch Hergabe von Wertpapieren erleichtern. *Ferber* versucht in seiner Abhandlung, die heute üblichen und möglichen Formen von Pensionsgeschäften darzustellen und so einen Leitfaden für diese Bankgeschäfte zu bieten.

Das Buch behandelt in einem ersten Teil die Pensionsgeschäfte der Geschäftsbanken, in einem zweiten Teil die Pensionsgeschäfte der Emissionsinstitute. Bei den Pensionsgeschäften der Geschäftsbanken wird zunächst versucht, begriffliche Klarheit zu schaffen, was angesichts der herrschenden Begriffsvielfalt wohlthuend wirkt. Von da aus beschreibt der Autor die einzelnen Formen der Pensionsgeschäfte und geht in einem besonderen Abschnitt auf deren privatrechtliche Beurteilung ein. Eine besondere Schwierigkeit bietet bei dieser Art von Geschäften immer wieder ihr Ausweis in der Bilanz und Ertragsrechnung sowie die Frage der Zurechnung zum Pensionsgeber bzw. zum Pensionsnehmer. Es ist erfreulich, daß diese Materie in so gedrängter Form einmal zielstrebig dargestellt wurde. Der kurze Hinweis auf die steuerliche Behandlung der Pensionsgeschäfte rundet das Bild ab.

Mit Sachkenntnis widmet sich *Ferber* der Frage der Beurteilung von Pensionsgeschäften hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Gehalts und hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Bilanzpolitik. Ferner werden ausführlich Fragen der Liquiditätspolitik mit Hilfe von Pensionsgeschäften behandelt. Die Darstellung berücksichtigt außerdem die Besonderheiten einzelner Institutsgruppen.

Der zweite Teil ist einer Sondergruppe, nämlich den Pensionsgeschäften der Emissionsinstitute gewidmet. Die Pensionsgeschäfte der Emissionsinstitute stellen

nach *Ferber* vor allem eine Erweiterung ihres finanzpolitischen Instrumentariums dar und erlauben trotz der langen Laufzeiten der gegebenen Emissionen, eine der Fälligkeitsstruktur der Aktivseite angepaßte Mittelbeschaffung. Sie helfen, die Marktpolitik hinsichtlich der eigenen Emissionen flexibler zu gestalten und heben dadurch das Standing des Instituts am Kapitalmarkt. Die Pensionsgeschäfte der Emissionsinstitute werden zu Beginn des zweiten Teils ihrem Begriff und Wesen nach definiert und sodann hinsichtlich ihrer vertraglichen Gestaltung und rechtlichen Beurteilung dargestellt. Es folgt eine ausführliche Behandlung der Bilanzierungsmöglichkeiten dieser Geschäfte.

Die in den letzten Jahren festzustellende Zunahme von Pensionsgeschäften als Ausdruck fristgerechter Finanzierung der langfristigen Aktiva muß im Zusammenhang mit der Verschärfung der Wettbewerbssituation im langfristigen Geschäft gesehen werden. Der Praktiker wird immer häufiger gezwungen, sich des Mittels der Pensionsgeschäfte zu bedienen. Dabei spielt die Auswahl der Form des Pensionsgeschäftes und der zu verpensionierenden Gegenstände wechselseitig unter bilanz-, liquiditäts- und rentabilitätsmäßigen Gesichtspunkten eine wichtige Rolle.

Es war daher an der Zeit, eine geschlossene Darstellung der Pensionsgeschäfte zu schaffen, die gleichzeitig als Nachschlagewerk benutzt werden kann. Die von *Ferber* gewählte Darstellungsweise läßt das besprochene Buch hierfür besonders geeignet erscheinen.

Paul Henze, Frankfurt/M.

Götz, Günter: Die Schuldenpolitik der Länder. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1970. 166 S. DM 23,80.

Götz beginnt mit einer gründlichen statistischen Analyse zur Entwicklung der Länderverschuldung seit der Währungsreform, um die quantitative Bedeutung dieses Teils der öffentlichen Verschuldung zu veranschaulichen. Während zur Charakterisierung der öffentlichen Schuld bzw. einer ihrer Komponenten oft das absolute und relative Wachstum, die Zeichnerstruktur, die nach Laufzeit und Marktfähigkeit getrennten Formen und die durchschnittliche Restlaufzeit als die schuldenpolitisch relevanten Ausgangsdaten angesehen und im Zeitablauf analysiert werden, liegt der Arbeit von *Götz* das Material und die Gliederungssystematik der amtlichen Statistik zugrunde. Die zunächst vorgenommene Untergliederung der Gesamtverschuldung nach Gebietskörperschaften zeigt, daß der Anteil der Länder und Stadtstaaten absolut zwar gestiegen, relativ jedoch abgenommen hat. Die Länderverschuldung wird dann — veranschaulicht durch zahlreiche Tabellen und Schaubilder — regional und pro Kopf aufgeschlüsselt und nach Altverschuldung (vornehmlich Ausgleichsforderungen), die quantitativ unerhebliche Auslandsverschuldung und die Neuverschuldung (Verschuldung nach der Währungsreform) unterschieden. Das Tempo der absoluten Verschuldungszunahme hat sich 1966/67 durch das konjunkturpolitisch notwendige deficit spending stark erhöht. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu dem Ergebnis des folgenden Kapitels über die Kreditmarktverschuldung der Länder, in dem es heißt, daß konjunkturelle Überlegungen bei der Kreditfinanzierung der Länderausgaben bisher nicht berücksichtigt wurden, sondern daß die Verschuldungsab- und -zunahme als abhängige Variable mit Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen lediglich korreliert habe. Der Autor geht an dieser Stelle in seiner Kritik

zu weit, wenn er die in den USA praktizierte Schuldenpolitik der Einzelstaaten als beispielhaft hinstellt. Dort wird ein der Konjunkturstabilisierung entgegenwirkendes Debt Management mit dem Ziel der Zinslastminimierung betrieben; die Forderungen nach antizyklischer und neuerdings vor allem konjunkturneutraler Schuldenpolitik haben sich bisher weder auf Bundesebene noch bei den Einzelstaaten politisch realisieren lassen. Bei der Untersuchung der konjunkturellen Wirkungen einer antizyklischen Schuldenpolitik empfiehlt es sich auch am Beispiel der Länderfinanzen, aus analytischen Zwecken nach Nettoschuldenaufnahme, Nettoschuldentilgung und/oder Variation der Schuldenstruktur bei gegebenem Schuldenstand zu trennen. Schließlich wird noch die Verschuldung der Länder im öffentlichen Bereich untersucht, also der Teil, der zur sogenannten „intergovernmental debt“ zählt. Diese Finanzströme waren bisher vornehmlich Gegenstand der Finanzausgleichsliteratur. *Götz* weist mit Recht auf alle Kreditfinanzierungsquellen hin, die, wenn sie auch zur Zeit qualitativ nicht ins Gewicht fallen, bei Bedarf durchaus in stärkerem Maße zur Finanzierung herangezogen werden können.

Im zweiten Teil seiner Arbeit befaßt sich der Autor — in logischem Bezug zur Zielsetzung seiner Arbeit — mit den vielfältigen Arten der Kreditmarktschulden, getrennt nach Schuldenarten am Geld- und Kapitalmarkt. Die einleitende Feststellung jedoch, daß „eine mit der Konjunkturpolitik synchronisierte Schuldenpolitik darauf angewiesen ist, über einen möglichst breiten Fächer verschiedener Schuldarten zu verfügen“ ist in dieser apodiktischen Form umstritten. Vor allem in der angelsächsischen Literatur wird verschiedentlich gerade aus stabilisierungspolitischen Gründen eine Vereinfachung der Schuldenpolitik und die mit dieser Strategie verbundene Beschränkung auf wenige Schuldtitel gefordert. Die anschließende Analyse der Bankkredite, Anleihen, Kassenobligationen und Schulscheindarlehen als Schuldarten des Kapitalmarktes und die Schatzwechsel, unverzinslichen Schatzanweisungen, Steuergutscheine und Kassenkredite als diejenigen des Geldmarktes bringt eine Bestandsaufnahme der bisher mit Erfolg (?) praktizierten Schuldenformen.

Die schuldenpolitischen Grundsätze und die Strategien zukünftiger Schuldenpolitik stehen im Vordergrund des die Arbeit beschließenden dritten Teils. Dort wird geprüft, ob die Erkenntnisse der modernen Deckungslehren und Budgettheorien, die zum Teil bereits im Stabilitätsgesetz und im neuen Haushaltsrecht ihren Niederschlag gefunden haben, im schuldenpolitischen Alltag der Länder Aussicht auf Anwendungserfolg haben. Nach einem kurzen Abriss der traditionellen objektbezogenen Deckungslehre gibt der Autor seiner Hoffnung Ausdruck, daß die moderne situationsbezogene Betrachtungsweise, die für den Bund verfassungsrechtlich im Artikel 115 GG abgesichert ist, im Laufe der Zeit auch von den Ländern übernommen werden wird. *Götz* befaßt sich überdies mit der aufgehobenen Zweiteilung des Etats, die nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz gleichermaßen für Bund und Länder gilt. Paragraph 10 HGrG fordert lediglich eine Finanzierungsübersicht als Anlage zum Haushaltsplan. Dieser Übersicht wird in Zukunft erhebliche schuldenpolitische Bedeutung zukommen, insbesondere, wenn aufgrund § 12, I, 2 HGrG Schuldaufnahme und Schuldentilgung nur noch als Saldo im Haushalt erscheint. Ohne die Existenz der Finanzierungsübersicht läge dann nicht nur ein Verstoß gegen das Nettoprinzip vor, sondern würde auch das Haushaltsvolumen um den saldierten Betrag zu gering ausgewiesen!

Ein Abriss über die theoretische Basis der fiscal policy und ihre Realisierungshemmnisse bildet den Übergang zu dem Schlußkapitel über die „Möglichkeiten und Grenzen des Stabilitätsgesetzes für die zukünftige Schuldenpolitik der Länder“. Gemäß § 14 StabG gelten die materiell wichtigen Bestimmungen (antizyklische Haushaltspolitik bei der Etaaufstellung und beim Vollzug, Konjunkturausgleichsrücklage, Finanzplan, mehrjährige Investitionsprogramme und ihre beschleunigte Vorbereitung, zieladäquate Subventionsvergabe) auch für die Haushaltswirtschaft der Länder. Der Autor wendet sich, seinem Thema entsprechend, vor allem dem Problembereich der Schulden- und Rücklagenpolitik zu und diskutiert zunächst die Möglichkeiten der Defizitfinanzierung (Konjunkturausgleichsrücklage, Notenbankkredit, Kapitalmarktverschuldung) unter dem Kriterium der Minimierung der Entzugseffekte. Ähnlich wie bei der Bundesschuld handelt es sich bei der Verschuldung der Länder im wesentlichen um Banken- und Sparkassenkredit, so daß den anderen beiden Finanzierungsformen mehr theoretische Bedeutung zukommt. Widersprüchlich sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen zum Debt Management, das auf den Seiten 39, 51, 103 und 110 mit unterschiedlichen Zielsetzungen versehen und dann im Text uneinheitlich verwendet wird. Auch ist eine Preissenkung für den Kauf von Illiquidität (Musgrave) nicht vorteilhaft für den Kreditgeber (S. 110), handelt es sich doch um den Preis (Zins), den eine Regierung zahlen muß, um ein von ihr gewünschtes und zu bestimmendes Maß an Illiquidität des privaten Sektors durch Ausgabe von Schuldtiteln zu kaufen.

Schließlich erörtert Götz die Kreditlimitierung und Neutralisierung von Budgetüberschüssen als Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik, zu der auch die Länder beitragen können. Mit Recht kommt er zu dem Ergebnis, daß die Länder „die überregionalen konjunkturellen Erfordernisse zwar grundsätzlich anerkennen, die Opfer jedoch von den übrigen Beteiligten zu erbringen sind“ und daß erst mit der Zeit erkannt werden wird, „daß die Kosten der Konjunkturstabilisierung ebenso nutzbringend angelegt sind wie Investitionsaufwendungen“. — Der organisatorisch-institutionellen Absicherung der Erkenntnisse der fiscal policy dient die mittelfristige Finanzplanung und vor allem der Konjunkturrat und Finanzplanungsrat. Den Empfehlungen der beiden Koordinationsorgane, deren enge Zusammenarbeit der Autor vorschlägt, kommt besondere Bedeutung zu. Die Abweichungen zwischen den in den beiden Organen gemeinschaftlich getroffenen Vereinbarungen und dem tatsächlichen finanzpolitischen Verhalten der Länder erwiesen sich dann, je nach ihrer Richtung, als Aufruf zu einer zentraleren Konjunktursteuerung oder als Zeichen für den geglückten Finanzföderalismus.

Klaus-Dirk Henke, Marburg

Deppe, Hans-Dieter: Bankbetriebliches Wachstum — Funktionalzusammenhänge und Operations Research in Kreditinstituten. C. E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1969. 294 S. Leinen DM 48,—.

Im Vergleich zur Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre, aber auch insbesondere im Vergleich zur Industriebetriebslehre kann der Stand der Bankbetriebslehre auf den Gebieten der theoretisch-deduktiven Analyse und der Anwendung von Methoden der Unternehmensforschung zur Lösung bankbetrieblicher Probleme als unbefriedigend bezeichnet werden — zumindest wenn man als Kriterium

die Anzahl der deutschsprachigen Veröffentlichungen, die sich mit diesen Fragen befassen, heranzieht. Mag man auch die Aussagefähigkeit dieses Kriteriums mit Recht bezweifeln, die Vernachlässigung der theoretisch-deduktiven Forschung, die vielfach erst die Grundlage für die Anwendung von Operations Research-Verfahren bildet, ist nicht zu leugnen¹.

Einige Gründe für die Vernachlässigung der theoretisch-deduktiven Analysen innerhalb der Bankbetriebslehre hat *Deppe* in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Göttingen aufgeführt²: Das Fehlen der Impulse von der analytisch orientierten Ingenieurwissenschaft, die die Industriebetriebslehre befruchtet haben; starke juristische Ausrichtung der Bankbetriebslehre; fehlende Impulse von der Bankpraxis u. a. m. Ein weiterer Grund ist jedoch in dem Untersuchungsobjekt der bankbetrieblichen Forschung selbst — also in spezifischen Merkmalen der Kreditinstitute — zu suchen. Für die Industrieunternehmung lassen sich wichtige Probleme aus der auch hier bestehenden allgemeinen Interdependenz aller betrieblichen Funktionen und Bereiche sinnvoll herauslösen und so einer partialanalytischen Modellösung zugänglich machen. Diese partialanalytischen Modelle sind durchaus noch „praxisnah“, stellen also eine relativ gute Abbildung der empirischen Gegebenheiten dar, was ein Erfordernis allen Bemühens in der Betriebswirtschaftslehre als einer empirischen Wissenschaft sein muß. Dementsprechend sind die im Rahmen partialanalytischer Überlegungen entwickelten Verfahren der Optimumbestimmung vielfach für die Praxis der Industriebetriebe durchaus brauchbar. Die Möglichkeiten für die Bankbetriebslehre, bestimmte Teilaspekte des Gesamtkomplexes Kreditinstitut zu isolieren und einer theoretisch-deduktiven und wirklichkeitsnahen Betrachtung zugänglich zu machen, sind demgegenüber gering. Eine wirklichkeitsnahe, theoretisch-deduktive Analyse bankbetrieblicher Probleme hat es daher fast immer sogleich mit äußerst komplexen Gesamtzusammenhängen zu tun. Es scheint, als ob hier der Hauptgrund für das Nachhinken der Bankbetriebslehre zu suchen ist. Diese allgemeinen Überlegungen sollte man dem Versuch einer Würdigung des Buches „Bankbetriebliches Wachstum“ von Hans-Dieter *Deppe* — der überarbeiteten Fassung seiner Habilitationsschrift — vorausschicken.

Das hier zu besprechende Buch von *Deppe* verfolgt das Ziel, einen Beitrag zu einer allgemeinen und operationalen Theorie der Kreditbank zu leisten, wenn auch aus der speziellen Sicht von Expansionsvorgängen (Seite VII). Wie aus dem Untertitel des Buches („Funktionalzusammenhänge und Operations Research in Kreditinstituten“) hervorgeht, verfolgt *Deppe* zwei Ziele: erstens die Darstellung von Funktionalzusammenhängen in Kreditinstituten, was man auch als die Bildung von Erklärungsmodellen interpretieren könnte, und zweitens die Anwendung von Operations Research-Verfahren auf bankbetriebliche Probleme, also die

¹ An dieser Stelle wäre eigentlich ein Katalog der „Ausnahmen“ am Platz. Da dieser Versuch jedoch vermutlich keinen vollständigen Überblick geben würde, sei darauf verzichtet. Siehe jedoch *H. D. Deppe*, Über Ziele und Problemstellungen theoretisch-deduktiver Analysen einzelner Kreditinstitute, in *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, N.F., Jg. 20 (1968), S. 617 und 619; die dort aufgeführten Arbeiten wären um die (zahlreicheren) in der Zwischenzeit erschienenen Veröffentlichungen zu ergänzen.

² *S. H. D. Deppe*, Über Ziele und Problemstellungen . . ., S. 618 ff.

Bildung von Entscheidungsmodellen. Die quantifizierbare Beschreibung von Funktionalzusammenhängen ist dabei als eine notwendige Vorbedingung für die Anwendung der Methoden der Unternehmensforschung anzusehen.

In den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellt *Deppe* das Problem der finanziellen Gesamtplanung im Rahmen einer Mehrperiodenanalyse. Die Fixierung einer optimalen Parameterkombination im liquiditätsmäßig-finanziellen Bereich ist dabei der Ausgangspunkt für die Formulierung eines Lösungsansatzes, der die Frage beantworten soll, „ob und inwieweit bei gegebenen Erwartungen für den Planungszeitraum ein Wachstumsprozeß, d. h. eine Ausdehnung der finanziellen Kapazität zu einer Gewinnerhöhung führt“ (Seite 175). *Deppe* behandelt also nicht die Fragen, wie, warum, aus welchen Gründen gesamtwirtschaftlicher oder sonstiger Art die Kreditinstitute wachsen, sondern ihn interessiert die Frage, wie die Leitung eines Kreditinstituts über das Wachstum die Gewinnhöhe positiv beeinflussen kann. Wachstum ist also Mittel zum Zweck (Gewinn), nicht aber Selbstzweck.

Unter dem einzelbankbetrieblichen Wachstum versteht *Deppe* „die Gesamtheit der Vorgänge . . . , die zu einer zumindest während einer Teilperiode anhaltenden Vergrößerung der Fähigkeiten des Instituts führt, unter Aufrechterhaltung eines erwünschten Widerstandsgrads des Gesamtinstituts und innerhalb der übrigen Daten bankbetriebliche Leistungen zu erstellen und/oder abzusetzen“. (Seite 14). Dabei unterscheidet *Deppe* zwischen finanziellem und technisch-organisatorischem Wachstum, zentralem und dezentralem Wachstum, indirektem (d. h. auf „Produktivitätseffekten“ beruhendem) und direktem Wachstum, sowie induziertem (auf Maßnahmen der Bankleitung beruhendem) und autonomem (durch externe Datenänderung herbeigeführtem) Wachstum (Seite 14 f.). Dem Ziel des Autors entsprechend liegt der Schwerpunkt auf den induzierten Wachstumsvorgängen.

An den Anfang der eigentlichen Untersuchungen zum Wachstum eines Kreditinstituts stellt *Deppe* die Analyse der Giralgeldschöpfungsfähigkeit eines Kreditinstituts, also den Aspekt, auf den sich bisher vorliegenden Versuchen, das Leistungspotential einer einzelnen Bank zu bestimmen, fast ausschließlich beschränken. Die Untersuchung der herkömmlichen Arbeiten zur Giralgeldschöpfungskapazität anhand der Darstellung von *R. Schilcher*³ zeigt, daß diese Ansätze für eine wirklichkeitsnahe und brauchbare einzelbetriebliche Analyse nicht geeignet sind (Seite 40—55). Mit Hilfe der Multiplikatoranalyse entwickelt *Deppe* daher einen modifizierten bzw. erweiterten Ansatz zur Darstellung und Ermittlung der Geldschöpfungskapazität (Seite 55—66).

Deppe zeigt, daß die Analyse des dabei entwickelten Ausdrucks bereits zur Erfassung und numerischen Darstellung wichtiger Wachstumsfaktoren führt. Die sich herauschälenden Faktoren sind 1. die Überschußreserve, 2. der Multiplikator, 3. die Kreditreserven und 4. die Kreditnachfragestruktur. Die unter 1. und 2. genannten Faktoren hängen dabei wiederum von dem Saldo aus dem reinen Zahlungsverkehr, dem internen Verrechnungsfaktor, dem Barzahlungsanteil der Auszahlungsverfügungen, dem Mindestreservesatz und dem Bruchteile

³ *R. Schilcher*, Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung — Ein Beitrag zur Geldtheorie, Berlin 1958.

der eingeräumten Kredite, über den die Kreditnehmer sofort verfügen, ab. Auf der anderen Seite zeigt *Deppe* jedoch auf, daß die Aussagefähigkeit einer mit den herkömmlichen Verfahren dargestellten Wachstumsanalyse — auch in seiner erweiterten Fassung — nur sehr begrenzt ist, da sie nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlich relevanten Planungsgrößen und Nebenbedingungen berücksichtigt.

Im Kapitel 3 „Die Konzeption eines generellen Einflußgrößensystems zur Analyse und Optimierung bankbetrieblicher Wachstumsprozesse“ (Seite 75—121) unternimmt *Deppe* daher den Versuch, zunächst im Rahmen einer einperiodischen Betrachtung ein Entscheidungsmodell zu formulieren, das die wichtigsten Variablen der bankbetrieblichen Praxis berücksichtigt. Dieses Modell enthält die folgenden Elemente, Faktoren und Rahmenbedingungen:

- a) die aktivischen und passivischen Bilanzbestände und deren Veränderungen; die Veränderungen während der Planungsperiode werden differenziert nach fixen, d. h. von der Bankleitung nicht beeinflussbaren Größen und disponiblen, d. h. von der Institutsleitung beeinflussbaren, also zu planenden Größen;
- b) die Erfolgselemente, differenziert nach Ertrags- und Aufwandszinssätzen sowie direkten Nichtzinserträgen und -aufwendungen. Die Erfolgselemente sind definiert als Prozentsätze der entsprechenden Bilanzpositionen in Bruchform;
- c) die Liquiditäts- und Sicherheitsbedingungen sowie die Nachfragerestriktionen als Rahmenbedingungen der finanziellen Leistungserstellung. Sie beschreiben die ökonomischen und rechtlichen Erfordernisse, denen die Einflußgrößen (Bilanzbestände) jederzeit genügen müssen und sind beispielsweise aus den Grundsätzen I bis III des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen abgeleitet.

Da *Deppe* unterstellt, daß die Erfolgselemente konstant, d. h. unabhängig von der Leistungsmenge sind, ergibt sich die Zielfunktion (Gewinnfunktion) als lineare Gleichung. Zusammen mit den in der Form von algebraischen Ungleichungen dargestellten Rahmenbedingungen (Restriktion) und der Nichtnegativitätsbedingung läßt sich damit das Entscheidungsproblem als Lineares Programm darstellen und grundsätzlich mit Hilfe der Simplex-Methode lösen.

Die im dritten Kapitel entwickelte statische (einperiodische) Konzeption erweitert *Deppe* im Kapitel 4 zu einem Mehrperioden-Modell. Die Gesamtperiode umfaßt vier Teilperioden von je einem Monat; jede Teilperiode wird durch einen repräsentativen Tag erfaßt; aus Vereinfachungsgründen werden nur drei Aktivkreditarten und zwei Refinanzierungsmöglichkeiten berücksichtigt. Analog zu dem einperiodischen Modell entwickelt *Deppe* einen linearen Optimierungsansatz zur Maximierung des Gesamtgewinns für die Teilperiode.

Die Ermittlung der optimalen Parameterkombinationen oder anders ausgedrückt, die optimale Fixierung der Handlungsvariablen, also Art und Umfang der zu gewährenden Kredite und der aufzunehmenden Kredite (Refinanzierungsmaßnahmen) bei gegebenen Nebenbedingungen ist jedoch nicht *Deppes* eigentliches Anliegen, sondern vielmehr nur Ausgangspunkt für die Beantwortung der Frage, wie die Bankleitung durch Variation dieser Nebenbedingungen den Gesamtgewinn steigern kann. Da durch die Nebenbedingungen das Leistungspotential eines Kreditinstituts begrenzt wird, führt eine (positive) Variation der

Nebenbedingungen zu einer Erhöhung des Leistungspotentials und stellt somit einen Wachstumsvorgang dar, dessen optimale Bedingungen *Deppe* ja analysieren will.

Den Schlüssel zum optimalen Wachstum oder zur Bestimmung eines optimalen Wachstumspfades bieten *Deppe* die Schattenpreise der „knappen Faktoren“, die man bekanntlich als Koeffizienten der Schlupfvariablen im Simplex-Endtableau oder als Lösungswerte der Variablen im Dualprogramm erhält. Die Schattenpreise stellen ökonomisch interpretiert den entgangenen Grenzgewinn dar, der gerade wegen der Knappheit einzelner Kapazitäten nicht realisiert werden kann⁴. Anders ausgedrückt gibt der Schattenpreis an, wie hoch der Grenzbeitrag aus der Erweiterung einer Kapazität um eine marginale Einheit ist (Seite 177).

Von praktischem Nutzen ist die Kenntnis der Schattenpreise natürlich nur dann, wenn man die ursprünglich im Modell unterstellte Annahme über die Verfügbarkeit bestimmter, die Kapazität beschränkender Faktoren nachträglich wieder aufhebt. Eine andere von *Deppe* bei der Formulierung des allgemeinen Lösungsansatzes auch gewählte Methode (s. Seite 139 f.) wäre es, alle letztlich als variabel angesehenen Faktoren sogleich auch als Variable in das Modell einzuführen. Für den von *Deppe* insbesondere diskutierten Fall würde das bedeuten, daß das Eigenkapital, ähnlich wie die passiven Geldmarktkredite als Refinanzierungsmittel — freilich besonderer Art — in das Modell eingebaut werden müßten. Will man jedoch aus bestimmten Gründen nur stufenweise das endgültige Optimum festlegen, so kann die bei der numerischen Ermittlung von *Deppe* gewählte Methode durchaus sinnvoll sein.

Allerdings — und darauf weist *Deppe* ausdrücklich hin (Seite 184 f.) — sagen die Schattenpreise nur etwas über den zu erwartenden Grenzgewinn bei einer Ausweitung der Kapazität um eine Einheit aus. Für eine optimale Ausweitung größeren Umfangs, wie sie bei Maßnahmen in der Praxis, insbesondere im Hinblick auf Wachstumsvorgänge typisch sind, geben die Schattenpreise kein hinreichendes Kriterium. Im Extremfall ist es denkbar, daß die Ausweitung um eine zweite Einheit bereits nicht mehr optimal ist, weil andere Restriktionen zum Tragen kommen und damit die Schattenpreise sich verändern.

Deppe räumt aufgrund seiner Analyse der Erhöhung des Eigenkapitals durch Aufnahme neuer eigener Mittel von außen (also etwa Erhöhung des Grundkapitals) eine dominierende Stellung ein (s. z. B. Seite 175). Gegen dieses Ergebnis, das sich aufgrund spezieller Annahmen *Deppes* ergibt, lassen sich jedoch einige Einwände anführen:

- a) Eine Eigenkapitalzuführung von außen ist für fast alle Kreditinstitute kurzfristig (*Deppe* unterstellt einen Planungszeitraum von insgesamt 4 Monaten) nicht möglich; den Sparkassen ist diese Möglichkeit sogar generell verschlossen.
- b) Die überragende Bedeutung des Eigenkapitals beruht vor allem darauf, daß *Deppe* die Erhöhung der Sicht-, Termin- und Spareinlagen als autonomes Wachstum ansieht (s. Seite 116), also als von dem Kreditinstitut nicht beein-

⁴ S. K. *Opfermann* und H. *Reinermann*, Opportunitätskosten, Schattenpreise und optimale Geltungszahl, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 35. Jg. (1965), S. 211 ff., insbes. S. 222 f.

flußbar. Der überwiegende Teil aller „absatzpolitischen“ Bemühungen der Kreditinstitute — insbesondere der Werbung — ist aber gerade auf die Heranziehung von Einlagen ausgerichtet. Diese Maßnahmen sind allerdings ebenso wie eine Eigenkapitalerhöhung vor allem längerfristiger Natur.

Diese Einwendungen richten sich nicht gegen das von *Deppe* entwickelte Instrumentarium, sondern allein gegen bestimmte vom Autor gemachte Annahmen. Sie lassen jedoch den von *Deppe* für eine Wachstumsanalyse gewählten Planungszeitraum als problematisch erscheinen. Zwar betont *Deppe*, daß das Modell auch auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden kann, schlägt jedoch vor, selbst für relativ langfristige Wachstumsanalysen, den Monat als Zeiteinheit der einzelnen Wachstumsperiode beizubehalten (s. Fußnote 3, Seite 123). Dieses Verfahren wird jedoch allein wegen der Prognoseschwierigkeiten in der Praxis nicht gangbar sein. Es erscheint daher sinnvoller, praktische Wachstumsanalysen und -planungen in Form einer Grobplanung durchzuführen.

Die in den Kapiteln 2 bis 4 entwickelten Gedanken können wohl mit Recht als Schwerpunkte und Hauptanliegen des Autors bezeichnet werden. Sie werden ergänzt durch Untersuchungen über einige Beziehungen zwischen dem finanziellen Wachstum eines Kreditinstituts und seiner Expansion im technisch-organisatorischen Bereich, insbesondere den Auswirkungen der Zweigstellenexpansion auf den internen Verrechnungsfaktor. An das Ende seiner Ausführungen stellt *Deppe* den Versuch einer Neuformulierung des gesamtwirtschaftlichen Geldschöpfungsprozesses in Form eines linearen Systems, in dem die einzelbankbetrieblichen Erkenntnisse Berücksichtigung finden.

Das Buch von *Deppe* bietet, das sei abschließend und zusammenfassend bemerkt, sowohl von der allgemeinen Methodik her als auch im Detail eine Fülle neuer Erkenntnisse, Ansätze und Lösungsmöglichkeiten. Für die theoretisch-deduktive Analyse des Bankbetriebes in der deutschsprachigen Literatur stellt dieses Buch aufgrund seiner breit angelegten Problemstellung einen Markstein dar. Es ist und kann kein leicht zu lesendes Buch sein, das liegt an der Materie. Es ist zu hoffen, daß es trotzdem die ihm gebührende Beachtung und Verbreitung sowohl in der Lehre als auch in der weiteren Forschung auf diesem Gebiete finden wird.

Paul Helmut Schmitz, Bonn